

Sozialdemokratischer SPD Pressedienst

P/XXXI/11

19. Januar 1976

Die Doktrin von Sindelfingen

Wahlkampf-Vorgeschmack: CDU erhebt demokratischen
Alleinvertretungsanspruch

Seite 1 / 43 Zeilen

Gefährliche Arroganz der Beckmesser

Notwendige Anmerkungen zum "Stil" der CDU-Wahlkämpfer

Seite 2 / 38 Zeilen

Verfeinerte Verkehrsplanung - bessere Ergebnisse

Ausbau der Bundesfernstraßen nach neuen Prioritäten

Von Lothar Wrede MdB

Mitglied des Bundestageausschusses für Verkehr

Seite 3 und 4 / 57 Zeilen

Reservisten sind keine Ausputzer

Die Einzelwehrlübungen sind verbesserungswürdig

Von Fritz Geratl MdB

Mitglied des Verteidigungsausschusses des Bundestages

Seite 5 und 6 / 65 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Eberhard Ebert

5300 Bonn 12, Hauptallee 2-10
Postfach: 189 488
Postfach 1, Zimmer 817-824
Telefon: 38 45 57 - 28
Telefax: 38 45 48 - 48 ppn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 376611

Die Doktrin von Sindelfingen

Wahlkampf-Vorgesmack: CDU erhebt demokratischen Alleinvertretungsanspruch

Elf Wochen vor den Landtagswahlen in Baden-Württemberg, der letzten Abstimmung vor den Bundestagswahlen am 3. Oktober, offenbart die Union am Beispiel ihrer südwestdeutschen Landesorganisation, wie sie den Kampf um die verlorene Macht im Staat führen will: Mit einer ideologisch angeereicherten Strategie à la Santhofen.

In einer an diesem Wochenende vom baden-württembergischen Landestag in Sindelfingen einstimmig verabschiedeten Wahlkampfplattform steht folgender Kernsatz: "Damit entscheiden die Bürger im Südwesten Deutschlands zugleich über die Grundatzfrage: demokratischer Staat oder sozialistische Gesellschaft." Die Sozialdemokraten und die Freien Demokraten hatten zuvor eindringlich vor der Verabschiedung dieser Formulierung gewarnt, die nicht nur der so oft propagierten "Solidarität der Demokraten" Hohn spricht, sondern jegliche demokratische Gemeinsamkeit leugnet. Ministerpräsident Dr. Hans Filbinger sah sich dagegen veranlaßt, die undemokratische Doktrin ausdrücklich zu verteidigen: SPD-FDP-Regierungen bedeuteten "die Gefahr einer Veränderung unserer jetzigen demokratischen Grundlage". Nur konsequent wäre es bei dieser Haltung, einen Radikalenerlaß gegen sozial-liberale Regierungskoalitionen zu fordern.

Erste Auswirkung der Sindelfinger Doktrin ist das Scheitern der Verhandlungen über ein Fairneß- und Sparsamkeitsabkommen für den baden-württembergischen Landtagswahlkampf. Die Bedeutung hierbei liegt im Symptomatischen. Derartige Abkommen bewirken in der politischen Realität nicht viel, und werden daher vergleichsweise leicht abgeschlossen; deswegen ist es aber auch ein unübersehbares Warnzeichen, wenn sich die Parteien darauf nicht einigen können.

Die Pseudo-Alternative: "demokratischer Staat oder sozialistische Gesellschaft", die Filbingers CDU zur Wahlkampfparole erkor, ist nicht nur reaktionär gegenaufklärerisch, sie ist darüber hinaus antidemokratisch. Sie erhebt einen demokratischen Alleinvertretungsanspruch, bestreitet dem Konkurrenten die demokratische Qualität, ja wirft ihm vor, daß er die "jetzige demokratische Grundlage" verändern (das heißt ja wohl abschaffen) wolle. So wird das Fundament der Demokratie in Frage gestellt. Wäre Filbingers und seiner Partei Behauptung Wirklichkeit, so könnte es in der Bundesrepublik kein parlamentarisches System, keine Demokratie mehr geben. Der CDU-Ministerpräsident gebärdet sich hier als Radikaler im öffentlichen Dienst. Ernst nehmen kann man ihn freilich nur in begrenztem Maße. Dafür sorgt er schon mit der Erklärung, daß die CDU in Stuttgart allerdings sowohl mit der FDP als auch mit der SPD koalieren könne, falls sie die absolute Mehrheit verfehle; denn die CDU sei eine Barriere gegen den Sozialismus. Radikalismus und Opportunismus, wie's beliebt: Ein radikaler Opportunist.

Claus Preller
(-/19.1.1976/wi/e/pr)

+ + +

Gefährliche Arroganz der Beckmesser

Notwendige Anmerkungen zum "Stil" der CDU-Wahlkämpfer

Wen wundert wirklich, daß die spektakulären Vorgänge um die Ministerpräsidentenwahl im Bundesland Niedersachsen die Emotionen hochkochen ließen? Man muß schon voller törichter Arroganz sein, wenn man aus dem tiefen Schock herausbrodelnde Sätze oder Worte mit kühler Beckmesserei bekrittelt und in wohlgedrehten Leitartikeln und Kommentaren gleich die ganze Demokratie in äußerste Gefahr versetzt sieht. Gerade nach Adenauers 100. Geburtstag würden seine Parteinachfahren gut daran tun, wenn sie sich stets alles vor Augen hielten, was der alte Mann an Verbalinjurien, Verdächtigungen und Unterstellungen von sich gegeben hat, um den Gegner zu verteufeln und ihn aus dem Rennen um die Macht im Bund und in den Ländern zu werfen. Das zerschlagene Demokratieporzellan liegt bei der Union zu Bergen gehäuft.

Diese arrogante Beckmesserei wird aber ein übles Stück, wenn man sich im CDU-Lager bemüht, das eigene Bild und die eigenen Leute zu verklären, indem man mit Mitteln arbeitet, die rundherum schäbig sind. Vor paar Tagen, genau am 15. Januar, hatte eine mißverständlich formulierte Agentur-Meldung dem SPD-Fraktionsvorsitzenden angedichtet, er hätte in einer Zwischenruhe-Auseinandersetzung im Bundestag angekündigt, daß die SPD von jetzt an, also nach Hannover, einen "Kampf bis aufs Messer" führen würde. Die SPD-Fraktion gab unmittelbar nach Erscheinen der Agentur-Meldung eine Klarstellung heraus, die sich auf das Bundestagsprotokoll stützte und deutlich machte, daß Wehner im Disput mit dem CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Prof. Dr. Karl Carstens ausdrücklich erklärt hatte: "Dann geht es Ihnen nicht um Sicherheit und Verteidigung, sondern um einen innenpolitischen Kampf bis aufs Messer."

Die CDU und ihre Schreiber schert diese eindeutige Klarstellung keinen Deut. Sie programmieren sich selbst in der Dauerattacke gegen Wehner und die SPD und behaupten unentwegt weiter, daß Wehner der Union einen "Kampf bis aufs Messer" angedroht habe. Noch am 19. Januar baute daher der Kommentar einer CDU-nahen Bundeshauptstadtzeitung seine ganze Agitation gegen die Sozialdemokraten auf diese seit vier Tagen als falsch erkannte Behauptung auf und setzte sich aufs hohe Roß der Verachtung gegen Wehner "und seine Genossen", denen man diesen Stil überlassen sollte, weil wir sonst "vor die Hunde gehen".

Wen wundert da wirklich, daß, an solchen CDU-"Vorbildern" gemessen, der Wahlkampf um das Hohe Haus in Bonn schon jetzt in einen "Stil" gedrängt werden könnte, der nun tatsächlich schaudern und um die Demokratie bangen läßt?!

(e/19.1.1976/bgy/e)

+ + +

Verfeinerte Verkehrsplanung - bessere Ergebnisse

Ausbau der Bundesfernstraßen nach neuen Prioritäten

Von Lothar Wrede MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Verkehr

Mit der Fertigstellung und Verkehrsübergabe mehrerer verkehrswichtiger Autobahnneubaustrecken Ende des Jahres 1975 konnte der 1. Fünfjahresplan für den Ausbau der Bundesfernstraßen erfolgreich abgeschlossen werden. Allein 1974 und 1975 sind nahezu 800 Autobahnkilometer dem Verkehr übergeben worden. Eine stolze Bilanz! Eine ähnlich positive Bilanz kann für den Bundesstraßenausbau und -neubau vorgelegt werden. Damit verfügt die Bundesrepublik Deutschland über ein Fernstraßennetz, das sich sehen lassen kann.

Für die Zukunft stellen sich aber dennoch große Aufgaben. Es gilt, bestehende Lücken in diesem Fernstraßennetz zu schließen, vor allem aber stehen im Vordergrund der Straßenbaupolitik die Ziele der Substanzerhaltung des bestehenden Straßennetzes, beschleunigte Beseitigung von Engpässen bzw. markanten Unfallchwerpunkten, Minderung vor allem der Lärbelastigung als ein entscheidender Faktor der Umweltbeeinträchtigungen des Straßenverkehrs und verstärkte Erachließung der Fläche.

Diese Ziele sind nicht zuletzt dadurch stärker in den Vordergrund getreten, daß auch für den Straßenbau die finanzielle Verfügungsmasse sich nach der Leistungskraft des Staates bemißt. Als Folge müssen strengere ökonomische Maßstäbe im Fernstraßenbau und bei der Dringlichkeitsreihung angelegt werden.

Das Ergebnis dieser Tatsachen und Überlegungen ist als überarbeiteter Bedarfsplan dem Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über den Ausbau der Bundesfernstraßen in den Jahren 1971 bis 1985 beigelegt. Der Deutsche Bundestag wird hierüber im Frühjahr dieses Jahres zu beraten haben und eine Aussage darüber treffen müssen, inwieweit dieser überarbeitete Bedarfsplan den gesetzten Zielen gerecht wird. Eine der hervorstechendsten Auswirkungen darf darin gesehen werden, daß aus der bisherigen ersten

Dringlichkeitsstufe die besonders vorrangigen Maßnahmen ausgewählt und in die Stufe I a eingeordnet wurden. Die Stufe I b kennzeichnet den übrigen Bedarf der 1. Dringlichkeit. Wer im neuen Bedarfsplan ein Mehr an Straßenbaumaßnahmen wider besseres Wissen erwartet hat, wird feststellen, daß die bisher unter zweiter und dritter Dringlichkeit aufgeführten Strecken realistischere Weise lediglich als "möglicher und weiterer Bedarf" dargestellt und nur nachrichtlich aufgeführt werden. Diese realitätsbezogene Einstufung ist zu begrüßen.

Zu begrüßen ist auch, daß die Auswahl der Bewertungskriterien und deren Gewichtung dazu geführt hat, daß insbesondere die Fläche künftig wesentlich stärker berücksichtigt wird. Hier haben sich Umachichtungen mit einem Volumen von mehr als vier Milliarden DM zugunsten strukturschwacher Gebiete ergeben. Der Erschließungs- und Anbindungseffekt von Bundesfernstraßen ist damit in die Planung eingegangen.

Man kann feststellen, daß grundsätzlich die Verfeinerung in den Planungsmethoden auch zu besseren Ergebnissen geführt hat. Eines bleibt jedoch zu bedenken, ob nämlich durch die Dringlichkeitsreihung aufgrund des Verhältnisses von Nutzen und Kosten durchgehend für alle Maßnahmen nicht ein Ziel auf der Strecke geblieben ist: im Rahmen des bestehenden Netzes zur Beseitigung von Engpässen, Unfallschwerpunkten und Minderung von Umwelteinflüssen verstärkt Ortsumgehungen zu bauen und Städte und Gemeinden vom Durchgangsverkehr zu befreien. Hier scheint ein wesentliches Problem ungenügend gelöst, und die Beratungen werden zeigen, wie man dies angehen kann.

An der Einstufung von Einzelmaßnahmen aber werden der Verkehrsausschuß oder der Deutsche Bundestag sicher nichts ändern können, weil mit dem überarbeiteten Bedarfsplan ein mit den Ländern in einem langen Verfahren abgestimmtes Konzept vorliegt. Die Länder vor allem werden Möglichkeiten haben, im Rahmen ihres Landesanteiles nach eventuellen neuen Gesichtspunkten Umstellungen vorzunehmen. (-/19.1.1976/wi/e/pr)

+ + +

Reservisten sind keine Ausputzer

Die Einzelwehrlübungen sind verbesserungswürdig

Von Fritz Garstl MdB

Mitglied des Verteidigungsausschusses des Bundestages

Wehrpflichtige leisten den Grundwehrdienst. In dieser Zeit erhalten sie eine allgemeine und spezielle militärische Ausbildung nach dem jeweiligen Stand der Technik und den geltenden Ausbildungsvorschriften. Ausgebildet und präsent, leisten sie unter persönlichen Opfern ihren Anteil zur Abschreckungs- und Reaktionsfähigkeit der Bundeswehr im Ernstfall. Nach Entlassung aus dem Grundwehrdienst werden sie mob-beordert. Diese Reservisten müssen, damit sie in Übung bleiben, ihre Ausbildung erweitern und sich in Mob-Truppenteile eingewöhnen können. Dazu werden sie entweder in Einzelwehrlübungen oder zu Mob-Übungen geschlossener Einheiten oder Verbänden, wie z. B. zu den Manövern einberufen.

Während sich die Teilnehmer von Mob-Übungen geschlossener Einheiten fast durchwegs positiv zu ihrer abgeleiteten Übung äußern, nimmt die Kritik an Einzelwehrlübungen immer mehr zu. Sie ist weitgehend damit begründet, daß sich die Reservisten bei Einzelwehrlübungen nicht ausgelastet und nicht dem Sinn der Übung entsprechend eingesetzt fühlen. Es kommt leider immer wieder vor, daß diese Übungen überwiegend in Wachdienst bestehen, und daß angeordneter technischer Dienst in der Praxis bedeutet, Rostflecken an Fahrzeugen mit Farbe zu überpinseln. Mir wurde von Reservisten berichtet, daß sie ihre Übung damit verbracht hätten, während der ganzen Zeit Treibstoff in Kanister abzufüllen. Ein anderer berichtete, daß er einberufen wurde, damit der Koch über die Feiertage in Urlaub gehen konnte.

Diese sogenannten "Wehrlübungen" werden verständlicherweise abgelehnt. Dabei ist zu berücksichtigen, daß es sich bei diesen Reservisten um Soldaten handelt, die im Zivildienst in verantwortungsvolle und qualifizierte Tätigkeiten hineingewachsen sind. Betriebe, die diese Reservisten, wenn auch nur für kurze Zeit, entbehren müssen, bringen ebenfalls kein Verständnis für solche Art von Wehrlübung auf. Ein Handwerksmeister, der dringende Terminarbeiten zu erledigen hat, schimpft mit Recht auf die Bundeswehr, wenn ihm der von der Wehrlübung zurückgekehrte Geselle oder Meister von

den Tätigkeiten während der Wehrübung berichtet. Auch der Bürger als Steuerzahler kann nicht damit einverstanden sein, daß hier nur dem Gesetz Genüge getan wird, während Sinn und Zweck der Wehrübung aber überhaupt nicht beachtet werden.

Es muß gefordert werden, daß bei der Bundeswehr organisatorische Maßnahmen ergriffen werden, die diese Überstände beseitigen. Dabei kann es durchaus sein, daß Einzelwehrrübungen überhaupt in Frage gestellt werden müssen. Die Truppenteile, die für Einzelwehrrübungen vorgesehen sind, müssen personell und sachlich so ausgestattet sein, daß sie den Besonderheiten der Wehrrübenden gerecht werden können. Der zeitliche Abstand zum Grundwehrdienst muß gebührend beachtet werden, damit während dieses Zeitraumes eingetretene Änderungen in der technischen Ausstattung der Bundeswehr und evtl. weiterentwickelte taktische Überlegungen vermittelt werden können. Auch der Wachdienst, der grundsätzlich nicht ausgeschlossen zu werden braucht, muß einer neueren Sicherheitslage Rechnung tragen. Wachdienst soll aber von den Reservisten, die bis zu zehn Tagen zu Einzelwehrrübungen herangezogen werden, nicht geleistet werden. Die Aufnahme und Entlassungsformalitäten und ein Wochenende schränken sowieso die Ausbildungszeit erheblich ein.

Meine Erfahrung läßt mich auch die Frage aufwerfen, ob alle Wünsche von Reservisten auf freiwillige Ableistung von Einzelwehrrübungen immer dem Ziel dienen, die Zeit für eine wirkungsvolle Verbesserung der Ausbildung und Einsatzfähigkeit zu nutzen. Sachfremde persönliche Überlegungen dürfen nicht auf Kosten des Bundes zum tragen kommen. Wenn auch diese Reservisten voll gefordert werden und die Übungen der Verbesserung und Erhaltung der Landesverteidigung dienen, sind sie herzlich willkommen. Die Landesverteidigung ist eine so wichtige Sache, daß es unser aller Anstrengung bedarf, um unsere finanziellen Möglichkeiten wirkungsvoll in Verteidigungsfähigkeit umzusetzen.

Nach einer - hoffentlich nie erforderlichen - Mobilmachung würden nach der derzeitigen Planung 800 000 Reservisten für die Alarmreserve benötigt. 1,2 Millionen Reservisten gehören zur Personalreserve. Sie müssen in der Lage sein, dieses Land zusammen mit unseren NATO-Partnern zu verteidigen. In ihrem Interesse und im Interesse unseres Landes liegt es, daß sich Wehrrübungen nicht im "Wachschieben" erschöpfen. (-/ 19. 1. 1976/wl/e/pr)

+ + +
Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller